

Renten der Zuwanderer aus Russland

Die Abgeordneten der Fraktion Die LINKE im Deutschen Bundestag kommentieren die Antwort der Bundesregierung auf ihre Kleine Anfrage über Perspektiven des Abschlusses eines Sozialversicherungsabkommens zwischen Deutschland und Russland und erläutern ihren Standpunkt zur Rentensituation der Russlanddeutschen.

Foto

Interview mit Andrej Hunko, dem europapolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Herr Hunko, wie kam Ihnen die Idee, das Sozialversicherungsabkommen mit Russland zu thematisieren?

Seit Beginn der Ukraine-Krise Ende 2013 habe ich mich intensiver auch mit dem deutsch-russischen Verhältnis beschäftigt. Ich hatte davon gehört, dass Russland ein Sozialversicherungsabkommen mit Israel abgeschlossen hat. In Gesprächen mit Abgeordneten der Duma bekam ich den Eindruck, dass von russischer Seite durchaus eine Offenheit für ein vergleichbares bilaterales Abkommen mit Deutschland besteht. Aber die seit Anfang der 1990er Jahre laufenden Verhandlungen sind ins Stocken geraten. Obwohl zwischen den Sachverständigen beider Länder bereits mehrere Verhandlungsrunden stattgefunden haben, konnten diese bis heute nicht abgeschlossen werden. Das Abkommen würde viele Rentenfragen regeln und für mehr Transparenz im sozialen Bereich der bilateralen Kooperation sorgen. So entschied ich mich, die Situation zu klären und initiierte eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung zu diesem Thema.

Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus der Antwort der Bundesregierung?

Obwohl viele in Deutschland lebende Bürgerinnen und Bürger aus Russland von einer schwierigen Rentensituation betroffen sind, werden die Gespräche über ein deutsch-russisches Sozialversicherungsabkommen seit 2013 nicht fortgesetzt. Das ist eine bedauerliche Entwicklung. Es ist offensichtlich, dass die faktische Einstellung der Verhandlungen auf Kosten vieler Menschen auch hier in Deutschland geht.

Könnte ein angespanntes politisches Verhältnis die Ursache dafür sein?

Die Bundesregierung bestreitet, dass die Spannungen zwischen beiden Staaten und die EU-Sanktionen sich auf die Verhandlungen ausgewirkt haben. Allerdings fanden ausgerechnet in den vergangenen vier Jahren, das heißt seitdem die Beziehungen sich im Rahmen der Ukraine-Krise verschlechtert haben, keine gemeinsamen Sachverständigengespräche mehr statt. Zuvor gab es sie mindestens jährlich. Für mich ist dieser Zusammenhang eindeutig.

An welcher Seite liegt es?

Wie gesagt, Russland erweitert aktuell seine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet mit anderen Staaten. So wurde beispielsweise im Dezember 2016 ein Sozialversicherungsabkommen mit Israel von der russischen Seite ratifiziert, das im Jahr 2017 in Kraft treten soll. Daher denke ich nicht, dass die russische Seite dem Abkommen mit Deutschland Steine in den Weg legt.

Was ist Ihre Forderung an die Bundesregierung?

Die Sachverständigengespräche müssen wiederaufgenommen werden und zu einem sozialverträglichen Abkommen zwischen unseren Ländern führen.

Vor Kurzem hat Bayerns Innenminister Herrmann höhere Renten für Russlanddeutsche gefordert. Steht das nicht im Widerspruch zur Politik der Bundesregierung der letzten Jahre gegenüber dieser sozialen Gruppe?

Dieses Thema ist nicht neu und die CSU ist bereits seit 2005 Teil der Bundesregierung. Aber ausgerechnet jetzt, kurz vor den Bundestagswahlen, will diese Partei ihre Sorge um die Russlanddeutschen demonstrieren. Daher klingt für mich die Forderung von Herrn Herrmann eher wie ein leeres Wahlversprechen.

Herr Hunko, was wird Ihr nächster Schritt sein? Wie geht es jetzt weiter?

Durch die Antwort auf die Kleine Anfrage ist klar geworden, wie eng für einen Teil der Menschen in Deutschland die soziale Frage auch mit dem deutsch-russischen Verhältnis zusammenhängt. Insofern hat unser Eintreten für eine neue Entspannungspolitik auch eine soziale Dimension. In den verbleibenden zwei Sitzungswochen des Bundestages vor der Bundestagswahl am 24. September wird es kaum Möglichkeiten geben, das Thema aufzugreifen. Und es ist offensichtlich, dass bei der Bundesregierung der politische Wille fehlt, die Situation der Russlanddeutschen zu verbessern. Auch wenn aus der Opposition unser Einfluss begrenzt ist, werden wir weiter Druck für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über das Sozialversicherungsabkommen und eine Entspannung in den deutsch-russischen Beziehungen machen. Darüber hinaus würden aber natürlich die Menschen in Deutschland profitieren, wenn unsere Konzepte für in der Steuer- und Rentenpolitik umgesetzt würden – beispielsweise durch eine Mindestrente von 1.050 Euro, die Wiederherstellung des Rentenniveaus von 53 Prozent und eine steuerliche Entlastung aller Einkommen bis 7.100 Euro brutto.

Altersarmut von Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion

Foto

Interview mit Matthias W. Birkwald, dem rentenpolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Herr Birkwald, wie ist es dazu gekommen, dass die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion von der Altersarmut bedroht sind? Wie entwickelte sich die Situation?

Bis zum Jahr 1990 galt das erklärte politische Ziel, Aussiedlerinnen und Aussiedler rentenrechtlich so zu stellen, als ob sie ihr gesamtes Erwerbsleben in der Bundesrepublik Deutschland verbracht hätten.

Dann setzten Union und FDP im Jahre 1996 unter dem scheinheiligen Titel eines „Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz“ die erste Welle von Rentenkürzungen durch. Die Anerkennung von Schul- und Hochschulzeiten in der Rente wurde gekürzt, die Altersgrenzen für Frauen und langjährig Versicherte wurden angehoben und die Renten von zukünftigen Aussiedlern und Aussiedlerinnen gekürzt.

Das vor dem Mauerfall gegebene Versprechen war gebrochen: Seit 1996 wurden die Rentenansprüche von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, die ihnen nach dem sogenannten „Fremdrentengesetz“ zugesprochen wurden, pauschal zunächst um 30 und dann um 40 Prozent gekürzt. Außerdem wurden ihre Ansprüche nach dem Fremdrentengesetz auch noch auf höchstens 25 Entgeltpunkte (=775,75 Euro Bruttorente) bzw. für Ehepaare auf höchstens 40 Entgeltpunkte begrenzt (= 1241,20 Euro brutto).

Welche Gruppe unter den Spätaussiedlern ist am stärksten betroffen?

Aktuell gehen vor allem die 1950er Jahrgänge in Rente, die noch einen sehr großen Teil ihrer Berufsbiographie in der Sowjetunion zurückgelegt haben. Sie sind also von den Kürzungen am stärksten betroffen und die Dramatik der Entwicklung erkennt man sehr deutlich an den Zahlen, die die Bundesregierung auf unsere Nachfrage vorgelegt hat.

	Durchschnittliche Höhe	Anzahl
Sog. FRG-Renten (letzte Zeit GUS.-Staaten/Baltikum) / Rentenbestand	668,45	401.905
Sog. FRG-Renten (letzte Zeit GUS.-Staaten/Baltikum) / Rentenzugang	639,08	32.149
Renten an russische Versicherte / Rentenbestand	425,16	35.895
Renten an russische Versicherte / Rentenzugang	431,39	4.332
Zum Vergleich		
Altersrenten in Deutschland / Bestand	822,00	
Altersrenten in Deutschland / Zugang	810,00	
Grundsicherung im Alter	804,00	
EU-Armutsschwelle	1033,00	

Tabelle 1: Quelle: Kleine Anfrage der LINKSFRAKTION. Stand 2015

Wie bekannt, steckt der Teufel im Detail. Die Antwort der Bundesregierung auf Ihre Kleine Anfrage ist reich an Zahlen und Statistiken. Was lässt sich daraus schließen?

Die 402.000 Russlanddeutschen, die von der Kürzung der sogenannten Fremdreten betroffen sind, erhalten im Durchschnitt gerade einmal eine Nettorente in Höhe von 668,45 Euro.

Damit liegen die Renten von Spätaussiedlern aus Russland monatlich mehr als 145 unterhalb der durchschnittlichen Altersrenten in Deutschland.

Sie liegen knapp 365 Euro unter der aktuellen EU-Armutsschwelle von 1033 Euro und mehr als 135 Euro unter der durchschnittlichen „Grundsicherung im Alter“ (also der Sozialhilfe für Ältere, dem Hartz IV für Menschen ab 65 Jahren) in Deutschland.

Alarmierend ist, dass bei den 32.149 Renten, die 2015 erstmals ausgezahlt wurden (Rentenzugang), der ausgezahlte Beitrag sogar noch mal mehr als 30 Euro niedriger lag.

Wir haben uns deshalb die Statistiken genauer angeschaut und dort kann man klar erkennen, wie sich die Kürzungen auswirken, denn Renten ohne Absenkung der Entgeltpunkte liegen im Westen um 240 Euro und im Osten um 266 Euro höher als mit Absenkung.

Altersrenten mit FRG-Berührung nach Anzahl und Höhe (GUS-Staaten und Baltikum)	GUS-Staaten und Baltikum	
	Anzahl	durchschnittlicher Rentenzahlbetrag (Euro)
Rechtsanwendung FRG nach Art der Absenkung der Entgeltpunkte		
FRG-Renten (ohne Absenkung der EGPT)	21.716	976,48
FRG-Renten (ohne Absenkung der EGPT(Ost))	4.180	890,00
FRG-Renten (mit Absenkung der EGPT auf 0,7)	31.848	904,08
FRG-Renten (mit Absenkung der EGPT auf 0,6)	183.339	737,05
FRG-Renten (mit Absenkung der EGPT(Ost) auf 0,6)	27.104	624,44

Tabelle 2: Quelle: DRV-Statistik, eigene Auswertung.

Welche Lösung in dieser Situation schlagen Sie vor?

Für DIE LINKE ist klar, dass wir uns nach der Bundestagswahl gemeinsam mit den Betroffenen für eine Reform des Fremdretengesetzes, besonders zugunsten der Russlanddeutschen einsetzen werden.

Unabhängig davon setzt sich DIE LINKE schon seit Langem und besonders für die Zeit nach der Bundestagswahl für die Einführung einer einkommens- und vermögensgeprüften Solidarischen Mindestrente ein. Dieser steuerfinanzierte Zuschlag auf niedrige Alterseinkommen würde dafür sorgen, dass niemand im Alter von weniger als 1.050 Euro netto leben müsste.

Davon würden Russlanddeutsche aufgrund ihrer niedrigen Renten in ganz besonderem Maße profitieren.

Zwischen Mix-Markt und Bundestag

Foto

Von Petra Pau, der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Fraktion DIE LINKE.

Häufig stehe ich in meinem Wahlkreis am Mix-Markt in Marzahn. Natürlich kaufe ich drinnen auch ein, was es anderswo selten gibt: leckere russische Produkte. Aber ob drinnen oder draußen, eine Frage wird mir dort immer wieder gestellt: „Wie halten Sie es mit unseren Renten, Frau Pau?“ Es ist ein Mega-Thema, ein dreifaches zudem.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es in Artikel 1 Grundgesetz. Wohl bemerkt, aller Menschen, nicht nur der Schönen und Reichen.

Die Menschenwürde braucht allerdings eine soziale Basis. 1-Euro-Jobs, Leiharbeit oder Armutsrenten gehören nicht dazu, im Gegenteil.

Die Rente wird allerdings für immer mehr Menschen zum Problem, weil sie zum Leben oft nicht mehr ausreicht. Das trifft Bürgerinnen und Bürger deutschlandweit, seit vor 15 Jahren begonnen wurde, künftige Renten erheblich zu kürzen. Das betrifft Ostdeutsche, da ihre Lebensleistung weiterhin niedriger eingestuft wird, als die von Westdeutschen, und die obendrein für gleichwertige Arbeit noch immer weniger Lohn und Gehalt beziehen. Hinzu kommen besondere Bevölkerungsgruppen, deren Rentenprobleme von der großen Politik häufig nicht einmal wahrgenommen werden. Dazu gehören die so genannten Spätaussiedler oder Russlanddeutschen. Die deutsch-russischen Verhandlungen über ein bilaterales Sozialversicherungsabkommen stagnieren noch immer, inzwischen seit einem Vierteljahrhundert. Ein weiteres Unding kommt hinzu, es begegnet mir täglich im Bundestag: Reinigungskräfte. Früher, in den Ländern der Sowjetunion, waren sie Ärzte oder Ingenieure. Doch ihre Qualifikationen werden hierzulande nicht anerkannt. Also müssen sie sich – hoch gebildet – unter Wert verdingen.

Ich kenne also alle drei, aus zahlreichen Gesprächen bundesweit und aus meinem Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf: das Gesamt-, das Ost- und das Spezialproblem. Eine insgesamt falsche Rentenpolitik betrifft Millionen Menschen, deren Würde und unser aller Gemeinschaft. Sie müssen gelöst werden.